

gerichtet war. Bei der Ausarbeitung dieser neuen Strategie und Taktik konnte die Partei von den Kampferfahrungen ausgehen, die ihre Parteiorganisationen unter Führung des Thälmannschen Zentralkomitees sowohl vor 1933, vor allem mit der Antifaschistischen Aktion, als auch im illegalen Kampf seit der Errichtung der Hitlerdiktatur gesammelt hatten. Die Partei mußte gleichzeitig die bedeutsamen neuen Lehren sorgfältig auswerten, die sich aus den Kämpfen der internationalen Arbeiterbewegung 1934 gegen den Faschismus, vor allem in Frankreich, Österreich und Spanien, ergeben hatten.

Das Auftreten Georgi Dimitroffs vor dem faschistischen Reichsgericht und sein ganzes politisches Wirken nach seiner Freikämpfung übten einen tiefen Einfluß auf die Entwicklung der neuen Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung aus. In der KPD erfolgte die Ausarbeitung dieser neuen Politik, die mit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Parteikonferenz im wesentlichen abgeschlossen wurde, in den Jahren 1933 bis 1935 in heftigen Auseinandersetzungen mit dem linkssektiererischen Dogmatismus einiger Mitglieder des Zentralkomitees. Während diese Mitglieder an alten, überholten und dogmatischen Losungen und Kampfmethoden festhielten und damit der Partei zeitweise ernste Schwierigkeiten bereiteten, arbeiteten vor allem Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht auf Grund der Ratschläge Georgi Dimitroffs und mit Hilfe hervorragender Führer der KPdSU und anderer bedeutender Führer der Kommunistischen Internationale, wie Palmiro Togliatti, Maurice Thorez und Klement Gottwald, die Grundprobleme der neuen Politik der Partei schöpferisch aus und begannen, sie in der Partei durchzusetzen. Es ging darum, im Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur das strategische Ziel und die taktischen Aufgaben so zu bestimmen, daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ermöglicht und die Breite der Bewegung aller antihitlerischen Kräfte gesichert wurde. Dabei handelte es sich vor allem um solche Fragen wie die **Bedeutung des Kampfes um die Demokratie**, das **neue Verhältnis zur Sozialdemokratie**, den Aufbau einheitlicher freier Gewerkschaften, die Ausnutzung legaler Möglichkeiten für den antifaschistischen Kampf, die Organisation einer breiten antifaschistischen Volksfront und die Bildung einer einheitlichen revolutionären Partei der Arbeiterklasse auf dem Weg über die Aktionseinheit des Proletariats. Die Neuorientierung der Politik der Partei knüpfte auch an Bemerkungen Ernst Thälmanns auf der illegalen ZK-Tagung vom Februar 1933 an und erhielt die volle Zustimmung des von den Faschisten eingekerkerten Parteivorsitzenden. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht gelang es, die Mehrheit des Zentralkomitees für diese Politik zu gewinnen und damit die